467

Nr. 84. Abendausgabe. Mittwoch, 19. Februar 1919.

Königsberger Hartungsche Zeitung.

Waffenstillstandsbedingungen: Deutschlands Heer fortan 250000 Mann.

Spartakus im Ruhrgebiet. — Braunschweig. — Zwei gekaperte deutsche Ostseedampfer.

Die Ostfront-Wahl ungiltig?

Man schreibt uns aus Berlin:

Ueber Königsberg kommt die Nachricht von der Ostfront, daß bei der Wahl im besetzten Gebiet zwei Kandidaten der sozialdemokratischen Partei in die Deutsche Nationalversammlung gewählt worden sind, und daß dadurch die Stärke der sozialdemokratischen Fraktion in Weimar auf 165 gestiegen ist.

Diese Nachricht wirkt überraschend. Allerdings heißt es im § 9 des neuen Reichswahlgesetzes wörtlich: „Für den Fall, daß sich am Wahltag noch größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reichs befinden, bleibt der Erlaß einer besonderen Verordnung vorbehalten, wonach die Angehörigen dieser Truppenverbände nach ihrer Rückkehr, gegebenenfalls zugleich mit den Kriegsgefangenen, die erst nach dem Wahltag zurückkehren, in einer besonderen Nachwahl Abgeordnete zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung wählen." Diese Nachwahl für größere geschlossene Truppenverbände außerhalb des Reiches soll, wie es im Reichswahlgesetz wörtlich heißt, erst „nach ihrer Rückkehr" stattfinden. Der Vortragende Rat im Reichsamt des Innern Geh. Oberregierungsrat Dr. Alfred Schulze, der das neue Wahlrecht im amtlichen Auftrage erläutert hat, sagt in seinem Kommentar, daß die Angehörigen geschlossener Truppenverbände außerhalb des Reichs „nach ihrer Rückkehr zusammen mit den Kriegsgefangenen" in einer besonderen Nachwahl Abgeordnete wählen dürfen. Er hat auch hervorgehoben, daß mehr als dieser Grundsatz im neuen Wahlgesetz nicht ausgesprochen werden konnte, „weil der Wahltag, die Zahl der zu wählenden Abgeordneten und die ganze Organisation der Wahl von Verhältnissen abhängt, die bei Erlaß des Reichswahlgesetzes nicht zu übersehen waren."

Außerdem wird im neuen Wahlgesetz angekündigt, daß für diese Nachwahl für Truppenverbände und Kriegsgefangene „der Erlaß einer besonderen Verordnung vorbehalten sei." Ueber diese Verordnung ist bisher nichts bekannt geworden. Wann ist sie ergangen, und wo ist sie veröffentlicht worden? Inwiefern unterscheidet ie sich etwa von der allgemeinen Wahlordnung zum neuen Wahlgesetz? Alle diese Fragen erfordern eine amtliche Beantwortung.

Von der Ostfront erfährt man über Königsberg nur: „Bei der Wahl im besetzten Gebiet hat sich der größte Teil der Truppen der Wahl enthalten, weil sie zum Teil gerade im Abtransport begriffen waren und die Truppen der Heeresgruppe Kiew und der Etappeninspektion Bug aus Kameradschaftlichkeit ebenfalls nicht zur Wahl schreiten wollten." Hiernach hat sich die Wahl der beiden Soldaten-Abgeordneten für Weimar „im besetzten Gebiet" und nicht nach der Rückkehr, sondern während die Truppen „zum Teil gerade im Abtransport begriffen waren", vollzogen. Die Wahl widerspricht also den ausdrücklichen Vorschriften des neuen Wahlgesetzes. Nach den Mitteilungen über Königsberg haben überhaupt im ganzen nur 13 307 Soldaten, von denen noch 309 ungültige Stimmen abgegeben haben, sich an der Wahl beteiligt. Dabei haben gestimmt 7804 für die sozialdemokratische Liste, 1945 für die unabhängige Sozialdemokratie, 1691 für die Deutsche demokratische Partei, 1389 für eine parteilose Liste und schließlich noch 62 für die Deutschnationale Volkspartei, 74 für die Deutsche Volkspartei und 43 für die Christliche Volkspartei. Diese 13 000 Soldaten haben 2 Abgeordnete gewählt, während in Berlin die Deutsche demokratische Partei, auf deren Liste 177 555 Stimmen entfallen sind, auch nur 2 Mandate erhalten hat. Wenn nicht schon früher amtliche Aufklärung über die Art dieser Wahl an der Ostfront gegeben wird, darf mit aller Bestimmtheit darauf gerechnet werden, daß darüber in der Nationalversammlung in Weimar noch Auskunft gefordert werden wird.

Eine besondere Nachwahl ist nun auch noch für die Kriegsgefangenen erforderlich. Leider hat es den Anschein, daß diese Nachwahl sobald noch nicht vollzogen werden kann. Denn bis unsere Kriegsgefangenen in die Heimat zurückgekehrt sind, dürfte noch geraume Zeit vergehen und die Nationalversammlung in Weimar ihre Aufgabe schon erledigt haben; wahrscheinlich dürften sogar auch schon wieder Wahlen zur ersten ordentlichen Nationalversammlung stattgefunden haben.

—un—

Fochs Bericht im Obersten Kriegsrat.

Die endgültigen Bedingungen.

WTB. **Paris**, 17. Februar. (Diplomatischer Situationsbericht.) Foch referierte am Montag vor den Vertretern der Großmächte über die Annahme des Waffenstillstandsvertrages durch Deutschland.

Zu dem Waffenstillstandsabkommen sei noch zu bemerken, daß es sich dabei nur um eine vorläufige Abmachung handle. In den nächsten Tagen werde ein definitiver Waffenstillstandsentwurf vorgelegt werden, der bis zum Abschluß eines Präliminarfriedens Geltung haben solle. Deutschland werde danach nur eine Militärmacht von 250 000 Mann zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung besitzen dürfen. Alles Kriegsgerät soll mit den Kriegsindustrien der Entente unterstellt werden. Die Sonderkommission hat ihre Arbeiten für diesen Antrag bereits beendet und das Ergebnis wird den Vertretern der Großmächte nächstens vorgelegt werden. Es sei nötig, daß Foch in der Lage sein wird, die Bedingungen den Deutschen bereits nächsten Donnerstag bekannt zu geben. Die Sitzung war durch diese Besprechung ganz ausgefüllt, so daß die übrigen Fragen eine Verzögerung erlitten, doch sei zur Weiterberatung noch das Untersuchungsergebnis abzuwarten.

*

WTB. **Newyork**, 18. Februar. Die „Times" berichtet, daß die amerikanische Delegation entrüstet sei wegen der intensiven Propaganda der Franzosen, die zum Ziele habe, den Friedensschluß zu verzögern. Die amerikanische Delegation wolle deshalb vorschlagen, die Friedenskonferenz nach einem Ort außerhalb Frankreichs zu verlegen. Es handle sich nicht um eine vereinzelte Stimme, sondern um ein Konzert der Presse. Auch „Washington Post" spricht von einer Obstruktionspolitik der französischen Presse.

Brockdorff-Rantzau und Erzberger.

Berlin, 18. Februar. (Privatteleogramm.) Wie wir zuverlässig hören, wird die Waffenstillstandskommission auch künftig nicht dem Auswärtigen Amt unterstellt werden, jedoch hat sich der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes Graf Brockdorff-Rantzau die Oberleitung über die Verhandlungen vorbehalten. In allen entscheidenden Fragen wird natürlich die Nationalversammlung befragt werden.

In der Ostsee gekapert.

B. D. **Kiel**, 19. Februar. Der Hamburger Dampfer „Else", mit Salz nach Memel bestimmt, und der Kieler Schlepper „Berger I" sind von dem französischen Zerstörer „Dillomme" in der Ostsee gekapert worden. Der Zerstörer traf mit beiden Schiffen in Holtenau ein und ging mit ihnen durch den Kanal nach einem französischen Hafen weiter. Gegen die Beschlagnahme des „Berger I" hat das Stationskommando Einspruch erhoben, weil der Schlepper sich auf einer Demobilisationszwecken dienenden Fahrt befand. („Voss.")

Zum Rücktritt Vanselows.

B. D. **Berlin**, 19. Februar. Kapitänleutnant z. S. Vanselow läßt telegraphisch der „Vossischen Ztg." aus Weimar folgende Erklärung zugehen:

Lese in „Flugpost" Nr. 69, daß ich meine Demission angeboten hätte in der Erwägung, daß in militärischer und wirtschaftlicher Beziehung die Beratungen des Staatssekretärs Erzberger katastrophale Folgen gezeitigt hätten. Die Nachricht ist falsch. Ich erbitte Richtigstellung.

Gleichzeitig verbreitet das „Wolff-Büro" folgende Meldung:

Wie wir hören, ist an Stelle des Kapitäns z. S. Vanselow der Korvettenkapitän Hintzmann vom Reichsmarineamt zu der Waffenstillstandskommission kommandiert worden.

Danach kann sich das Dementi von Kapitän Vanselow nicht auf die Tatsache seines Rücktritts beziehen, sondern nur auf die Begleitumstände.

Der Streik im Industriegebiet.

B. D. **Berlin**, 19. Februar. Aus dem Ruhrrevier kommen widersprechende Nachrichten. Offenbar fehlt es an einer richtigen Kontrolle, so daß es den Spartakisten gelingt, aufgebauschte Alarmnachrichten in die Welt zu schicken. Bei kritischer Prüfung der Nachrichten kommt man indes zu dem bestimmten Eindruck, daß der Generalstreik als solcher gescheitert ist, und daß auch dort, wo eine mehr oder weniger allgemeine Arbeitseinstellung erfolgt ist, lediglich der Zwang einer terroristischen Minderheit den Ausschlag gegeben hat. („Voss.")

Der „Morgenpost" zufolge nahm die Zahl der feiernden Arbeiter in den letzten 24 Stunden ganz bedeutend zu. Gestern morgen ruhte die Arbeit auf nicht weniger als 63 Schachtanlagen.

*

WTB. **Essen**, 18. Februar. Es tritt immer deutlicher zutage, daß die Bergarbeiter von den Bestrebungen der Spartakisten und dem von ihnen geplanten allgemeinen Ausstand nichts wissen wollen. Bemerkenswert sind in dieser Hinsicht die Vorgänge, die sich heute auf den Zechen „Prinzregent" und „Julius Philipp" in Bochum abgespielt haben. Die Belegschaften waren heute morgen durch bewaffnete Spartakisten an der Einfahrt verhindert worden. Darauf wurde eine Belegschaftsversammlung abgehalten, in der von der Belegschaft der Zeche „Prinzregent" 967 Bergleute gegen 37 für, von der Zeche „Julius Philipp" 196 gegen, 4 für den Ausstand stimmten. Die Arbeit soll morgen wieder aufgenommen werden. Die beiden Hauptredner, von denen einer nicht zur Belegschaft gehört, sind von den erhosten Bergleuten derart verhauen worden, daß sie in das Bergmannsheim in Bochum gebracht werden mußten.

Der Vielverband droht das Streikgebiet zu besetzen.

B. D. **Amsterdam**, 19. Februar. Nach einer Meldung aus Paris hat sich der alliierte Kriegsrat mit der kritischen Lage im Ruhrrevier beschäftigt. Wie verlautet, soll, falls durch die spartakistischen Umtriebe das linksrheinische Gebiet ohne Kohlen bleibt, eine Kündigung des Waffenstillstandsvertrages mit dreitägiger Frist ins Auge gefaßt werden und das Kohlengebiet von Truppen der Alliierten besetzt werden. („B. T.")

Die Polizei in Mülheim entwaffnet.

B. D. **Mülheim**, 19. Februar. Von Düsseldorf ankommende Spartakisten entwaffneten in der vergangenen Nacht trotz des Einspruchs des Arbeiterrates die Polizei. Die Geschütze und Minenwerfer wurden nach Dorsten zum Kampf gegen die Regierungstruppen gebracht. Die Mehrheitssozialisten und sämtliche Gewerkschaften wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen den Generalstreik und fordern zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. („L.-A.")

Erfolge gegen Spartakus in Gelsenkirchen.

WTB. **Gelsenkirchen**, 18. Februar. Durch die städtische Sicherheitswehr und Polizei wurden die Spartakisten von den öffentlichen Gebäuden vertrieben. Die Spartakisten wurden größtenteils entwaffnet und aus den A.- u. S.-Räten entfernt. Die städtische Polizei wurde wieder mit Waffen versehen.

Gegen Spartakus in Nürnberg.

WTB. Nürnberg, 18. Februar. Im Laufe des Nachmittags wurde das Generalkommando von der am Sonntag eingedrungenen terroristischen Soldateska befreit.

WTB. **Nürnberg**, 18. Februar. Der „Fränkische Kurier" ist seit heute morgen wieder befreit.

Die Spartakisten im Nürnberger Generalkommando.

WTB. **Nürnberg**, 18. Februar. Im Laufe des Nachmittags wurde das Generalkommando von der am Sonntag eingedrungenen terroristischen Soldateska befreit. Die Eindringlinge hatten dort in bestialischer Weise gehaust. Gestern Abend fanden zwischen Unabhängigen und Mehrheitssozialisten Verhandlungen statt. Die Führer der ersteren erklärten, daß es ihnen ferngelegen habe, einen Putsch zu veranstalten, bestritten aber nicht, daß Unabhängige den Putsch unterstützt haben. Eine auf heute Vormittag einberufene Massenprotestversammlung war von Zehntausenden aus fast allen Schichten der Nürnberger Einwohnerschaft besucht. In den Fabriken stellten die Arbeiter und Angestellten zum Zeichen des Protestes die Arbeit ein.

Beamtenräte.

Berlin, 19. Februar. Im preußischen Kabinett wurde, laut „Berl. Tageblatt", auch eine Verordnung verabschiedet, die die Einsetzung von Beamtenräten vorsieht. Sie sollen die beruflichen Interessen der Beamtenschaft vertreten.

Vereinfachung des Rätesystems in Danzig.

WTB. **Danzig**, 17. Februar. Zwischen dem Vollzugsausschuß für Westpreußen und dem Generalkommando des 17. A.-K. bestand bekanntlich ein Streit wegen der Neuordnung der Kommandogewalt. Der Vollzugsausschuß hatte beschlossen, die Anordnung des Kriegsministers für Westpreußen außer Kraft zu setzen. Jetzt ist eine Einigung zwischen diesen beiden Instanzen in der Weise erfolgt, daß die kriegsministerielle Anordnung auch für das 17. A.-K. in Kraft gesetzt wird, daß aber neue Ausführungsbestimmungen erlassen werden, die sowohl vom Generalkommando wie auch vom Vollzugsausschuß für Westpreußen unterzeichnet werden.

Auch die neuen Ausführungsbestimmungen scheinen den Widerspruch des Soldatenrates in Danzig zu finden, der in seiner heutigen Sitzung einen Antrag, diese neuen Ausführungsbestimmungen nicht anzuerkennen, zurückstellte, bis die Ausführungsbestimmungen im Korpsverordnungsblatt veröffentlicht werden, was in den nächsten Tagen geschehen soll.

B. D. **Danzig**, 19. Februar. Im Konflikt zwischen dem Generalkommando und dem Vollzugsausschuß in Danzig, über die Kommandogewalt, ist, wie gemeldet, dahin eine Einigung erzielt worden, daß der Kommandoerlaß der Regierung für das 17. Armeekorps in Kraft tritt, dagegen die Zusätze des Generalkommandos durch neue, auch vom Vollzugsausschuß genehmigte Ausführungsbestimmungen ersetzt werden. Die Wahl des Korpssoldatenrates findet am 28. Februar in Danzig statt. Sämtliche Arbeiterräte und Vertrauensleute, die bei der Neuregelung nicht mehr vorgesehen sind, gelten mit der Bekanntgabe der Verfügung als aufgelöst. („Voss.")

Das Ende der Soldatenräte in Braunschweig.

B. D. **Braunschweig**, 19. Februar. Die Verhandlungen zwischen den beiden sozialistischen Landtagsfraktionen haben jetzt zu einer Einigung geführt. In Braunschweig wird eine rein sozialistische Regierung auf paritätischer Grundlage gebildet. Der Landes-Arbeiter- und Soldatenrat hat der vorgeschlagenen Einigung zugestimmt und eine entsprechende Verfassung beschlossen. Sämtliche Volkskommissäre und der Präsident legten darauf ihr Mandat in die Hand des Landes-Arbeiter- und Soldatenrates zurück. Nach den neuesten Beschlüssen wird es vom 1. April ab in Braunschweig Soldatenräte nicht mehr geben, dagegen bestehen die Arbeiterräte vorläufig weiter. Diese werden im nächsten Monat neu gewählt. Die Regierungsgewalt liegt jetzt beim Landtag, der die Volksbeauftragten zu wählen hat. Dem Landes-Arbeiterrat steht das Recht des aufschiebenden Einspruchs gegen Beschlüsse des Landtags zu. Der Landtag wird heute zu dieser Neuregelung Stellung nehmen. Mit ihrer völligen Ausschaltung aus dem Kabinett und aus dem Arbeiterrat werden die bürgerlichen Abgeordneten sich nicht zufrieden geben, besonders, da 31 Sozialdemokraten von den bürgerlichen Wählern 29 Abgeordnete entgegengestellt werden. („B. T.")

Hindenburg.

Ueber ein Gespräch mit dem Generalfeldmarschall Hindenburg in Wilhelmshöhe berichtet die sozialdemokratische „Rheinische Zeitung":

In der zweiten Sitzung der Nationalversammlung traf mich der Wunsch Noskes, vorübergehend als Vertreter der Reichsregierung in das Große Hauptquartier zu reisen. So ging es denn nach Kassel zur Wilhelmshöhe hinauf. Das Hauptquartier ist im Aufbruch. Morgen nachmittag fährt der Feldmarschall nach der Stadt Nettelbecks an der Ostseeküste. Die Polen und die Bolschewisten zwingen uns den militärischen Grenzschutz im Osten auf. Generalleutnant Gröner, mit dem der Regierungsvertreter sonst zu arbeiten pflegt, ist in Berlin. Der Feldmarschall selbst läßt mich daher rufen. Das kleine Arbeitszimmer des Feldmarschalls wird beherrscht von der monumentalen Figur des Mannes. Auch ohne die Gewißheit, vor einer weltgeschichtlichen Persönlichkeit zu stehen, würde man dem Riesen, der sein Greisentum straff aufgerichtet trägt, mit Achtung nahen. Wer nicht in Höhe und Breite über das Mittelmaß hinausgeht, verschwindet körperlich neben diesem Koloß von einem Mann. Sein Willkommengruß ist von einer ehrlichen Herzlichkeit. Er zollt den Abgeordneten, die vor mir die Regierung im Hauptquartier vertraten, seine Anerkennung. Dann wird das Gespräch politisch. Hindenburg legt offensichtlich Wert darauf, gleich in den ersten Minuten keinen Zweifel darüber zu lassen, daß er sich innerlich nicht gewandelt hat. Er bleibt den alten Richtlinien seines Lebens, seinen soldatischen Idealen, treu. Niemand wird das bezweifelt haben; und wer möchte, daß dieser Mann seine Ueberzeugung von sich würfe, wie es andere in den bewegten Novembertagen getan haben? Er macht auch kein Hehl daraus, daß er nur nach schweren Kämpfen in jener Novemberkrise an der Spitze des Heeres ausgehalten hat, und ebenso offen bekennt er, daß ihm seine Tätigkeit keine Befriedigung mehr bietet. Es arbeitet mächtig in den tiefen Zügen dieses grauen Soldatenkopfes, als er mit rauher Stimme in knappen Sätzen diese Bekenntnisse von sich gibt und mit sichtlicher Ueberwindung seine politische Haltung entwickelt und begründet. Sein Wille, sagt er, sei es gewesen, abzutreten, sobald die Westheere zurückgewesen seien. Er sei am Ende seiner Laufbahn und seines Lebens. Nun aber zwinge ihn das Anrücken im Osten, doch noch weiter auszuharren. Er werde auch gegen diese neue Gefahr der Regierung dienen, wie er es für seine Pflicht halte. Seine Liebe gelte unserem unglücklichen zertretenen deutschen Lande. Davon sei sein Handeln geleitet. Daß dabei bittere Worte über die Desorganisation des deutschen Heeres fielen, wer will es dem alten Heerführer verdenken? Und wer wagte zu behaupten, daß das Durcheinander und Gegeneinander, das manche Soldatenräte anzurichten belieben, den sozialdemokratischen Forderungen einer disziplinierten Landesverteidigung entspräche? Der Feldmarschall und seine Offiziere beurteilen die Lage im Osten ernst, wenn keine gut disziplinierten Truppen zur Verfügung stehen. Andernfalls seien die östlichen Gegner leicht zurückzuwerfen. „Wo die Disziplin fehlt, fehlt es an Mut und am Durchgreifen," meinte der Feldmarschall. Den Soldatenräten ist man im Hauptquartier nicht freund, indes werden über die etwaige Beibehaltung und Tätigkeitsbegrenzung der Soldatenräte nicht die Generalstäbler, sondern die gesetzgebenden Körperschaften zu bestimmen haben. Ob das Hauptquartier wirklich der Sitz von gegenrevolutionären Bestrebungen ist, wie so oft behauptet wurde? Die Herren versichern das Gegenteil, und die meisten scheinen zu klug, um solchen Spielereien nachzuhängen. Monarchisten und Gegner des Sozialismus sind sie gewiß, aber ebenso gewiß scheint mir, daß Hindenburg mit putschistischen Plänen sich nicht abgibt. Er macht einen recht unpolitischen Eindruck, und war politisch wohl ebenso von Ludendorff beeinflußt, wie sein weiland oberster Kriegsherr, der in Amerongen seines künftigen Schicksals harrt.